

Absender

Empfänger

_____, den _____

**Rechtliche Bedenken gegen die Anordnung vom.....
Hier: Tätigkeiten auf bestreikten Arbeitsplätzen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit weise ich gemäß § 56 Abs. 2 BBG darauf hin, dass von mir Verrichtungen bzw. Tätigkeiten gefordert werden, die bisher von streikenden Mitarbeitern des Unternehmens/Betriebes erledigt wurden. Die Übertragung dieser Tätigkeiten auf mich erfolgt einzig und allein wegen des Streiks.

Gegen diese Anordnung habe ich erhebliche rechtliche Bedenken. Bereits mit Beschluss vom 02.03.1993 (Az. 1 BvR 1213/85) hatte das Bundesverfassungsgericht entscheiden, dass der Streikbrechereinsatz von Beamten verfassungswidrig ist.

Entsprechend der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 31. 01.1995 (Az. 1 AZR 142/94) bietet die GDL den Abschluss von Notdienstvereinbarungen für zwingend notwendige Tätigkeiten während des Arbeitskampfes an, so dass meine Besetzung des bestreikten Arbeitsplatzes nicht erforderlich ist.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, Ihre Entscheidung zu überdenken und mich hierüber schriftlich zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift